

Demokratische Freiheit

Woher? Wohin?

von G. Ullrich

Inhaltsverzeichnis

- 1 Kapitalismus + Demokratie = Plutokratie, die Herrschaft der Superreichen
- 2 Der größte und letzte Deal des heutigen Bankensystems: Geldschöpfung durch Kredit
- 3 Cross-border-leasing, eine Analyse
- 4 Und noch ein praktisches Beispiel aktueller Politik:
Wann privatisieren die deutschen Auflösungspolitiker die Überwachungs-Autobahnen?
- 5 Die Sparkassen, das nächste Objekt plutokratischer Privatisierungsbestrebungen
- 6 Die zentrale Entscheidung für die Zukunft lautet: Entweder Mensch *oder* Kapitalismus

Sie wollen etwas für Ihre Zukunft als Mensch, für die Ihrer Familie, Ihres Volkes, Ihres Landes oder der Gesamtheit aller Menschen tun? Dann kopieren, ggf. übersetzen Sie die folgenden Informationen zur Weitergabe an Ihre Freunde, Nachbarn, an Ihnen Bekannte und Unbekannte.

Kostenlos im Internet unter: www.deutsche-idealisten.de

Nur in der gedruckten Broschüre: Erweiterte 4. Auflage ab sofort mit dem Kapitel

**Die aufwendig gebastelte und seit 20 Jahren tragende Säule der BRD-Innenpolitik:
Die künstliche Staatsverschuldung**

2004 GUWG-Verlag, Rathausstraße 51, 50169 Kerpen, Fax 02273-603758

Diese Broschüre wird in Einheiten zu je 5 Stück geliefert.

Preis je Einheit 6,- € (Stückpreis = 1,20 €) zzgl. Porto.

(Bei Einzelabnahme beträgt der Preis pro Stück 3,- € inklusive Porto.)

1 Kapitalismus + Demokratie = Plutokratie, die Herrschaft der Superreichen

Wer die heute erreichten Zustände weltweit verstehen will, der muß sich von einigen liebgewordenen Irrtümern befreien. Der gravierendste Irrtum ist der Glaube, daß Demokratie mit Volksherrschaft gleichzusetzen ist, und diese flankiert wird von Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, freien Wahlen, Meinungs- und Medienfreiheit sowie dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit.

Wer die Geschichte der heutigen Demokratie bis zu ihrer Entstehung in England zurückverfolgt, der findet als Geburtsstätte eine vom Chaos bestimmte, auf dem Recht des Stärkeren beruhende Gesellschaftsordnung, in der die Reichen sich allein aus Vernunftgründen dazu durchrangen, die Verteilung der Reichtümer nicht mehr mit Gewalt auszutragen, sondern sie nach gewissen Spielregeln in einem Parlament vorzunehmen. In dem Maße, wie sie ihre eigene Position sichern konnten, waren sie dann auch bereit, in einem Unterhaus Vertreter des einfachen Volkes zu Worte kommen zu lassen.

Das Problem, eigentlich der Grund für die Existenz jeder Demokratie überhaupt, ist die unter ihrem Schirm betriebene Wirtschaftsordnung, die als Kapitalismus bezeichnet wird. Dieser Kapitalismus sorgt nun immer und zu allen Zeiten dafür, daß sich das Kapital, ganz gleich durch welche Einflüsse und Maßnahmen, in wenigen Händen konzentriert. Also: Kapitalismus erzeugt immer Plutokraten, Superreiche. Es konzentrieren sich Reichtümer unvorstellbaren Ausmaßes in wenigen Händen. Die Hauptsorge der Superreichen war damals wie heute nicht nur, wie man noch reicher und mächtiger werden kann, sondern vor allem, wie sich der einmal erraffte Reichtum mit der damit verbundenen Machtfülle vor Verlust schützen läßt. Da die größte Gefahr für einen Verlust weniger von den selbst betriebenen Börsen ausgeht als vielmehr von ernsthaften politischen Veränderungen, muß es das Bestreben eines jeden Superreichen sein, sich politischen Einfluß auch in solchen Staaten zu sichern, wo offiziell das Volk herrscht, also in Demokratien. Diese Demokratien sind, wie einst die Monarchien, eng mit der Wirtschaftsform des Kapitalismus verbunden. Seit Bestehen der Bundesrepublik herrscht auch bei uns, wie zuvor schon in den angloamerikanischen und anderen demokratischen Ländern, nicht mehr das Primat der Politik, sondern das Primat der Wirtschaft *über die Politik*.

Um nun einen Einfluß auf die Politik ausüben zu können, hat der Superreiche (Plutokrat, Oligarch, ...) verschiedene Möglichkeiten. Er kann mit Wahlkampfspenden ihm geeignet erscheinende Parteien oder Abgeordnete unterstützen - wenn er nicht selbst bereits bei der Parteigründung Pate stand. Er kann sich ein Medienimperium zulegen, welches seine Interessen über die Lenkung der öffentlichen Meinung unterstützt. Er kann seinen Einfluß auf Schulen und Universitäten ausdehnen, Wissenschaft und Forschung sponsern und daher über die Ergebnisse mitbestimmen. Er kann seine Mitarbeiter in politische Gremien entsenden oder selbst Gremien gründen, um in ihnen gemeinsam mit seinen superreichen Kollegen über eine Interessensicherung zu beraten. Das bekannteste politische Gremium eines Plutokraten ist wohl die Round Table Organisation des britischen Plutokraten Cecil Rhodes, nach dem Rhodesien benannt wurde. Aus dieser Organisation heraus hat er bereits Anfangs des 20. Jahrhunderts seine Interessenvertreter in die britischen und amerikanischen Parlamente geschickt.

Ob die daneben eingerichteten, außerparlamentarischen Gremien nun Bilderberger, CFR, Trilaterale Kommission, Club of Rome oder Freimaurer heißen, ist letztlich egal, dienen sie doch alle nur dem gleichen Zweck und der gleichen Gruppe von Leuten.

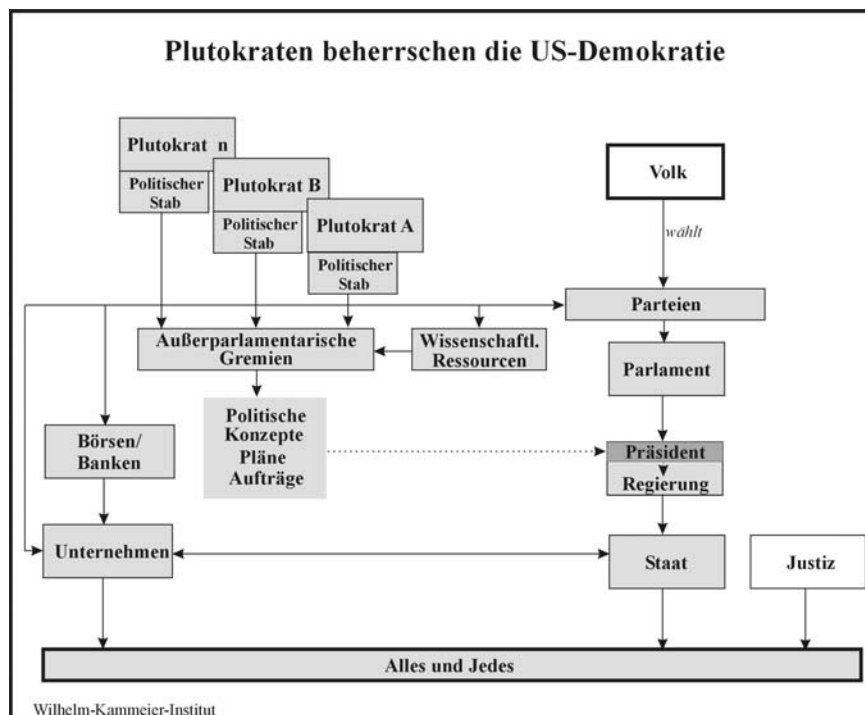
Damit dürfte auch klargestellt sein, daß Politik in den demokratischen Staaten eben nicht an bestimmte Parteien und Wahlperioden gebunden ist, wie man uns gerne glauben machen will. Es findet aus Tarnungsgründen lediglich eine solche Verteilung der Rollen statt, daß die zu täuschenden Wähler möglichst wenig von den im Hintergrund abarbeitenden, im Auftrag der Plutokraten erstellten Planungen mitbekommen. Das heißt zum Beispiel, daß die

„Sozis“ den Auftrag bekommen, den nicht mehr zeitgemäßen Sozialstaat abzureißen, weil bei der eher kapitalistisch auftretenden CDU der Protest der Geschädigten erheblich größer wäre. Das heißt auch, daß es völlig egal ist, welche Parteien die Regierung und welche die sogenannte Opposition bilden, da die politischen Vorgaben ohnehin ganz woanders konzipiert werden. Die Politiker müssen nur noch so gut schauspielern, daß nicht auch der letzte Wähler den Wahlurnen fernbleibt.

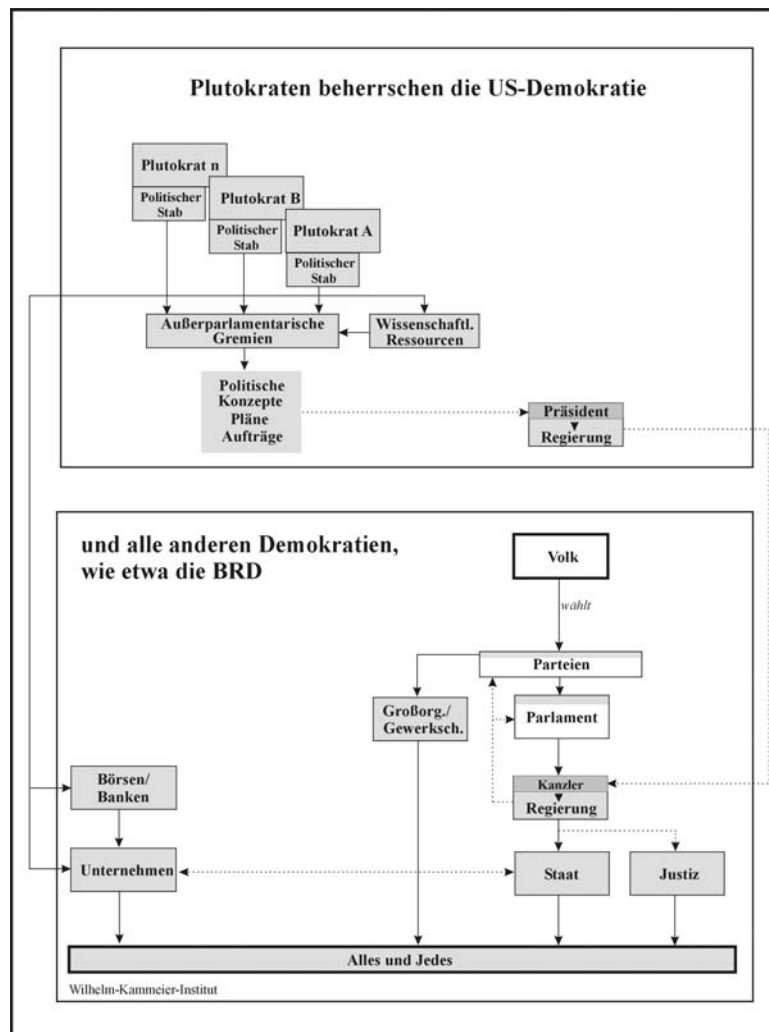
Da die Interessen der Superreichen weltweit ähnlich gelagert und auf Existenzsicherung hin angelegt sind, sind diese auch bemüht, nicht nur die Politik im eigenen Land, sondern die *Politik auf der ganzen Welt* in den eigenen Griff zu bekommen. Sie erstreben die gleichgeschaltete EINE WELT nach ihren Vorgaben, sie erstreben die Weltherrschaft!

Das wohl wichtigste Instrument zur Erlangung der *Weltherrschaft* ist die Beherrschung der *Weltwirtschaft* einschließlich der Bewirtschaftung der vorhandenen weltweiten Naturschätze (materialistisch: Rohstoffe). Dazu hat sich der Club der Superreichen einige geeignete Weltorganisationen geschaffen bzw. unter seine Kontrolle gebracht, wie z.B. den Internationalen Währungsfonds IWF, die Weltbank, die Welthandelsorganisation WTO, die aus dem Völkerbund hervorgegangene UNO mit all ihren Ablegern (die auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Miteinanders für die weltweite Gleichschaltung sorgen) und diverse andere wie WHO, OECD, NATO usw..

Bei all diesen „Schöpfungen“ handelt es sich um Gremien, in denen ausschließlich das materialistische Denken und das kapitalistische Wirtschaftssystem gestützt werden. Menschen, soziale Gemeinschaften und Völker, Natur und alles andere darf selbst auf der Galerie nicht teilnehmen, sie sind von allen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Lediglich die dort zusammengebraute und über die Parlamente servierte Suppe der selbsternannten demokratischen Elite haben sie am Ende auszulöffeln. Den Ausgangspunkt zu diesen Prozessen liefert die USA, deren interne Machtstruktur sich in aller Kürze wir folgt darstellen läßt:



Über die us-amerikanische Polit-Administration, die, ganz gleich welche Partei regiert, ihr - längst weltpolitisch ausgerichtetes - Drehbuch von den Plutokraten vorgegeben bekommt, erfolgt einzig noch die machtpolitische Durchsetzung der vorgegebenen Politik. Zu welchen Zuständen dies führt, wird aus der folgenden Schematik im Bezug auf die BRD deutlich, wo durch den Umsetzungszwang hinsichtlich der US-Vorgaben fast alle Strukturen zum Betrug genötigt werden.



Wie bei der BRD, einem Staatsgebilde, das seine Entstehung dem Resultat des Zweiten Weltkrieges verdankt und daher zu allen Zeiten fest an die politischen Vorgaben der USA gebunden ist, so sind die Einflüsse auch bei allen anderen demokratischen Staaten ähnlich gelagert, wenn auch nicht in solcher direkten Abhängigkeit.

Nicht erst seit dem zweiten Weltkrieg haben die Superreichen jegliche selbständige Politik in der Mitte Europas erfolgreich verhindert. Um diese politisch-wirtschaftliche Einflußnahme zur Beherrschung über ganz Europa auszubauen, wurde das politische Gebilde der Europäischen Union errichtet, mit dem alle anderen europäischen, demnächst auch weiter entfernt liegende, Staaten „eingefangen“ werden. Bezahlt wird das Ticket zum Beitritt mit dem Verzicht auf eigenständige Politik sowie mit der „Harmonisierung“ der nationalen Gesetze und wirtschaftlichen Strukturen, was dann zum Verlust von Millionen Arbeitsplätzen und damit verbundenen Abwanderungen ins Ausland führt.

Das zentrale Anliegen der Superreichen dabei ist, das materialistische Denken weltweit zu installieren, ohne das die anglo-amerikanischen Instrumente der Einflußnahme und Beherrschung nicht existieren könnten! Die Welt muß zur Ware werden, der Profit zur Maxime jeglicher Politik und Wirtschaft erhoben werden.

2 Der größte und letzte Deal des heutigen Bankensystems: Geldschöpfung durch Kredit

Heute erfolgt die Geldschöpfung nicht nur durch die (privat gesteuerten) Notenbanken, sondern auch den normalen Geschäftsbanken wurden dazu Möglichkeiten eröffnet. Denn alle Geschäftsbanken sind autorisiert, aus jeder realen Geldeinlage alles außer dem Anteil, der von ihr der Mindestreserve zuzuführen ist, als Kredit auszureichen. Das hört sich zunächst ganz solide an, und von Geldschöpfung ist keine Spur zu erkennen. Diese ergibt sich erst, wenn

Kreditlaufzeiten und Geldumlaufgeschwindigkeit berücksichtigt werden. Nur das ist noch längst nicht alles. Denn in diesem System sind selbst die Zinsen genau das, was sie eigentlich schon immer waren: völlig wertloses Geld, also Geld ohne jede Deckung. Für alle anderen Formen „neuen Geldes“ muß die Deckung auf andere Weise beschafft werden.

Nehmen wir ein Beispiel.

Der Kunde A zahlt 10.000 € auf sein Girokonto ein. Von diesem Betrag legt die Bank als Mindestreserverücklage beispielsweise 10% weg, also 1.000 €, so daß ihr für die Kreditvergabe noch 9000 € verbleiben. Über diese 9.000 € gewährt sie dem Kunden B für den Kauf eines PKWs einen Kredit mit einer Laufzeit von 4 Jahren.

Der Kunde B kauft nun das Auto und bezahlt den Kaufpreis mit dem Bankkredit von 9.000 €. Im Gegenzug muß der Kunde B den Kfz-Brief der Bank als Sicherheit hinterlegen. Damit gehört das Auto defakto der Bank. Da der Autohändler sein Girokonto ebenfalls bei der gleichen Bank unterhält, zahlt er den erhaltenen Kaufpreis innerhalb der nächsten Tage dort ein. Die Bank führt von diesem Betrag wieder 10%, also 900 € der eigenen Mindestreserve zu und verleiht den verbleibenden Rest von 8.100 € mit einer Laufzeit von 20 Jahren an den Kunden C, der damit die Heizung seines Hauses sanieren will. Als Sicherheit für den Kredit läßt der Kunde C für die Bank eine Grundschuld auf sein Haus eintragen.

Der Kunde C läßt sich von einer Firma eine neue Heizung installieren und bezahlt diese Leistung mit dem Kredit von 8.100 €. Die Heizungsbaufirma, die ebenfalls ein Konto bei der gleichen Bank unterhält, zahlt umgehend den erhaltenen Betrag von 8.100 € auf ihr Konto ein. Und weiter geht das Spiel. Von diesem Betrag führt die Bank abermals 10%, also 810 € ihren Mindestreserven zu, so daß sie erneut 7.290 € als Kredit ausreichen kann. Und so geht das immer fort. Ob in der Realität alle Kunden ihr Konto bei der gleichen oder einer anderen Bank unterhalten, bleibt sich gleich und führt zu keiner Veränderung des Beispiels. Was aber ist nun finanztechnisch passiert?

Aus einem einmalig eingezahlten Betrag von 10.000 € hat die Bank innerhalb weniger Wochen Kredite über einen Gesamtbetrag von $9.000 + 8.100 + 7.290 = 24.390$ € herausgegeben, womit sie, unter Abzug der eingezahlten 10.000 € vom Kunden A, folglich 14.390 € neues Geld geschöpft hat. Zusätzlich hat sie sich über den Gesamtbetrag von 24.390 € Sicherheiten übergeben lassen. Das phantastische daran ist nun, daß *allein durch die Sicherheiten der Kunden* aus dem neu geschöpften Geld nicht etwa „Luftgeld“, sondern werthaltiges Geld geworden ist.

Die Deckung des neu geschöpften Geldes besteht also nicht mehr, wie zu früheren Zeiten, aus irgendeinem Goldvermögen oder gar der Leistungskraft eines Volkes, sondern aus *jeder Art von Vermögen*. Mit anderen Worten:

Alles Realvermögen dieser Welt läßt sich über Kredit kapitalisieren,

womit der Geldumlauf ins Astronomische katapultiert wird, ohne daß dafür Scheine gedruckt oder Münzen geprägt werden müssen. Denn der allergrößte Anteil des Geldes ist heute reines Buchgeld, das nur noch auf irgendwelchen Konten steht. Nur deswegen überhaupt funktioniert das Geldsystem trotz riesiger Verschuldungen. Erst wenn das gesamte Realvermögen dieser Welt kapitalisiert ist, d.h., ausgereichten Krediten als Sicherheit vollständig gegenübersteht und den Banken ausgeliefert ist, erst dann ist dieses finanztechnische Wundersystem an seine Grenzen gestoßen, und erst dann wird es allein schon aus technischen Gründen zusammenbrechen, denn ohne stetige Neukredite sind selbst die Altschulden längst nicht mehr bedienbar. Auch wenn zum guten Schluß jegliches Vermögen den Banken bzw. deren Eigentümern gehört. Bis zu diesem Zeitpunkt aber - wann immer der erreicht sein mag - geht das Geld niemals aus!

Seit der Lösung vom Goldstandard erhält jedes Geld immer durch die Verknüpfung mit einem realen Objekt dessen Wert! So ist schon die seit Jahrzehnten praktizierte Abwicklung des weltweiten Ölgeschäfts in US-Dollar nicht etwa eine Prestigesache (irreführender Titel: Leitwährung), sondern damit liefert das *weltweit in Verarbeitung und Handel befindliche Öl* der amerikanischen Notenbank FED die Sicherheit für riesige Mengen neuer US-Dollars, die der Politik der amerikanischen Regierung zur Verfügung stehen! Schon das ist nichts anderes als eine weltweite Tributleistung an die USA.

Nun nehmen wir statt unseres Beispiels einmal Geldmengen in der Größenordnung der Staatsverschuldung der BRD und schauen wir uns einmal an, welche Sicherheiten diesen Krediten, die der BRD nicht etwa von einer Notenbank, sondern von ganz normalen Geschäftsbanken gewährt werden, gegenüberstehen: Hier bildet das Vertrauen der kreditgebenden Banken darauf, daß die deutsche Bevölkerung künftig in der Lage sein wird, die für die Kredite anfallenden Zinsen und Tilgung zu bezahlen, die einzige Sicherheit. Durch die fehlende Zuordnung jeder konkreten Sicherheiten handelt es sich bei allen Krediten an die BRD im eigentlichen Sinne um Blankokredite, die in der Hoffnung vergeben werden, daß sie die Kredite künftig bedienen können. Nur haben die weltweiten Staatsverschuldungen längst solche Dimensionen angenommen, daß der Spielraum für solche, durch die Geschäftsbanken den Nationalstaaten gewährten Blankokredite immer dünner wird (daher auch die EU-Begrenzung bei der Neuverschuldung auf 3% des BSP). Aber der Kreditbedarf der Staaten wird nicht geringer, sondern steigt stetig weiter an, was nur zum Teil durch Ausgabenkürzungen aufgefangen werden kann.

Während die Neuverschuldung der BRD über die EU in höchstem Maße begrenzt ist und sie seit der Euro-Einführung von der vormaligen Geldschöpfungsquelle Bundesbank abgeschnitten ist, laufen die Geldbeschaffungshuren der USA nicht nur völlig anders, sondern im wahrsten Sinne des Wortes grenzenlos. Denn sie läßt sich die benötigten Kredite, gesteuert von ihrer Notenbank, der Federal Reserve Bank (FED), beschaffen. Aber auch die USA benötigt unbedingt reale Sicherheiten. Nur, wo nehmen die Geschäftsbanken die Sicherheiten für die der US-Regierung gewährten Kredite her?

Da haben wir zunächst einmal die von den US-Truppen abgewickelten Kriege „gegen Terrorismus oder Schurkenstaaten“ zu sehen, auch wenn es dabei um noch ganz andere Interessen geht. Nicht zuletzt können auch auf diesem Wege - dank erbeuteter Bodenschätze und sonstiger Vermögenswerte -, neue, unbedingt benötigte reale Sicherheiten zur Gewährung neuer Kredite beschafft werden.

Die schon seit Jahrzehnten anhaltende Dollarproduktion hat längst dazu geführt, daß heute der weltweite Handel nur noch zu 2 % (!) aus Waren und Dienstleistungen, aber bereits zu 98 % aus reinen Finanztransaktionen besteht.

Wie die USA sich werthaltige Sicherheiten nicht nur durch Kriege, sondern auch durch raffiniert konzipierte Finanztransaktionen verschafft, das zeigt das nächste Kapitel, in dem die Bundesrepublik Deutschland und ihre Politiker keine unwesentliche, sondern eine tragende Rolle spielen.

Um den in immer größere Dimensionen ansteigenden us-amerikanischen Geldbedarf zu decken, wurden in den 80-er und 90-er Jahren alle großen Geschäftsbanken von den Finanzgewaltigen der USA in „die Pflicht“ genommen und der Regie der FED untergeordnet. Was Alfred Herrhausen, der ehemalige Chef der Deutschen Bank dazu gesagt hätte, läßt sich heute schwerlich feststellen.

Nach dieser „In-die-Pflichtnahme“ der Geschäftsbanken konnten neben den weltweiten Beutezügen der US-Militärs völlig neuartige Kombinationsgeschäfte zwischen der FED und den Geschäftsbanken entwickelt werden, deren Zweck einzig dazu dient, stetig neue Dollars produzieren zu können, um die us-amerikanische Weltpolitik zu finanzieren. Seither kreist nicht nur das US-Militär, sondern daneben kreisen auch die Geschäftsbanken um den Globus, auf der Hatz nach realen Sicherheiten für die Schöpfung neuer Kredit-Dollars.

3 Cross-border-leasing, eine Analyse

Wer das Rätsel, welches sich um das sogenannte „Cross-border-leasing“ rankt, lösen will, der muß offensichtlich erheblich über den Tellerrand des eigentlichen Leasing-Geschäfts hinaussehen.

Normalerweise versteht man unter dem modernen Begriff Leasing eine Art Ratenzahlungskauf (z.B. eines Autos) mit größerer Anzahlung und der Option, nach mehrjährigen Ratenzahlungen den Gegenstand zu einem Restkaufwert ganz zu erwerben oder abzugeben.

Beim Städte-Leasing verläuft das aber ganz anders. Die Stadt hat kein Geld, hat aber etwas, aus dem sie Geld machen möchte und „verleast“ dieses (z.B. ein Wasserwerk) an einen US-Finanzfonds. Dieser Fonds nimmt bei einer Bank oder einem Bankenkonsortium einen Kredit auf und hinterlegt die Rechte an dem Wasserwerk als Sicherheit. Der Wert des Wasserwerks ergibt sich aus den jährlich zu erzielenden Gebühren für die Wasserentnahme, gerechnet über die Laufzeit des „Leasing“-Vertrags. Da aber die Kommune weiterhin für die

Wasserversorgung der Bewohner zuständig ist, mietet, bzw. least sie das Wasserwerk vom neuen Besitzer zurück, um ihre Aufgaben nach wie vor erfüllen zu können. Dabei werden die Leasingraten des Investors mit der gleich hohen Rückmiete der Kommune gegengebucht, so daß vordergründig ein Luftgeschäft stattfindet. Während die Kommune (offiziell) davon ausgeht, daß sie das Wasserwerk nur für eine bestimmte Vertragslaufzeit (von bis zu 100 Jahren, mit einer angeblichen Beendigungsoption nach 2-3 Jahrzehnten) verleast hat, ein Eigentümerwechsel also nicht stattgefunden hat, kann nach amerikanischem Recht der US-Fonds nur einen Steuervorteil aus dem Deal erzielen, wenn er tatsächlich der Eigentümer der für den Kredit vorgelegten Sicherheitsobjekte (z.B. des Wasserwerks) ist. Diese äußerst dubiose Situation wird in bis zu 2000 Seiten starken, nach amerikanischem Recht konzipierten, in englischer Sprache verfaßten Verträgen festgehalten, aus denen die kommunalen Entscheidungsträger nur einen kurzen Auszug erhalten. Die Kommune bekommt bei diesem Deal einen kleinen Anteil am Steuervorteil der US-Investoren, dessen Höhe zwischen 10 und 35 % der Investitionssumme liegen soll.

Doch worum geht es wirklich und wer ist der eigentliche Profiteur dieser neuartigen Finanzgeschäfte?

Zunächst einmal bleibt festzustellen, daß das gesamte Geschäft von der USA ausgeht. Dann sind es zumeist kommunale bundesdeutsche Einrichtungen, die im Mittelpunkt des Geschäfts stehen, wie Wasserwerke, Nahverkehrssysteme, Abwassereinrichtungen usw..

Für unsere Betrachtung soll nicht so sehr eine mögliche Eigentumsverschiebung der kommunalen Einrichtungen (wenn aktuell vielleicht auch nur als Optionen erfaßbar) im Vordergrund stehen, auch nicht die relativen Kleinbeträge, die den Kommunen zufallen, sondern uns geht es um den tatsächlichen Profiteur der gesamten Angelegenheit.

Banktechnisch sind kommunale Einrichtungen zunächst völlig wertlos, da sie kapitalseitig nicht verwertbar sind. Das, was die kommunalen Einrichtungen für Banken erst interessant macht, das ist deren *Gebühreneinnahmepotential*, also die jährlich zu erzielenden Gebühren. Sie liefern den finanzierenden Banken die *höchste werthaltige Sicherheit* in dem „Cross-border-leasing“-Geschäft *für den Kredit, der dem Investoren-Fonds gewährt wird!* Damit wird der Nutzer der verleasteten kommunalen Einrichtungen, wenn schon nicht zum direkten Schuldner, so doch zumindest als Bürger zum Bürgen für den Kredit an den Fonds!

In einen solchen Investoren-Fonds werden 10 % reales Geld, auch als Eigenkapital des Fonds bezeichnet, eingezahlt. Die verbleibenden 90% werden dem Fonds als sehr langfristiger Kredit ausgereicht, womit der „Investoren-Fonds“ zum *Kreditnehmer-Fonds* wird, dem der volle Betrag zur Verfügung steht. Liegt hier der vielleicht eigentliche Zweck des gesamten Geschäfts?

Alle Cross-border-leasing-Geschäfte enthalten generell mehrere Unbekannte. Diese sind die Zusammensetzung der Fonds, die Mittelverwendung, d.h., wofür werden die dem Fonds zur Verfügung stehenden Mittel ausgegeben, und dann die Herkunft der Einnahmen, aus denen der Kredit später bedient werden soll, d.h., woher kommen Tilgung und Zinsen und die Kreditkonditionen?

Da die Sicherheit der aus den bundesrepublikanischen kommunalen Einrichtungen zu erzielenden Gebühren als sehr hochwertig einzuschätzen ist, dürften die Kreditkonditionen für den Fonds auch sehr günstig ausfallen. Was die Fonds mit den ihnen gewährten Krediten anstellen, ist völlig undurchsichtig und aus den bis zu 2.000 Seiten starken Leasingverträgen nicht abzuleiten. Da es sich bei allen sogenannten Cross-border-leasing-Geschäften immer um ein internationales Geschäft handelt, das zumindest mit Duldung der beteiligten nationalen Regierungen, ihrer Notenbanken und der internationalen Politik erfolgt, darf wohl davon ausgegangen werden, daß mit diesem Geld ein Großteil der nationalen politischen Projekte der USA finanziert werden – denn die USA hat nicht nur die Löcher für die angeblichen Steuervorteile für die Fonds geschaffen, sondern einzig bei ihren Fonds landen auch alle Kredite.

Dies bestätigt sich noch aus einer anderen Betrachtung. Da der Umfang eines jeden Cross-border-leasing-Geschäfts sich immer mindestens im dreistelligen Millionenbereich bewegt, muß dieses Geld auch einem adäquaten Bedarf zugeführt werden. Fassen wir darüber hinaus die große Anzahl der getätigten und noch zu erwartenden Cross-border-leasing-Geschäfte zusammen, so ergeben sich Kapitaldimensionen, wie sie selbst von größten Banken und Wirtschaftsunternehmen nicht mehr eingesetzt werden können. Es sind Kapitaldimensionen, wie sie einzig von Nationalstaaten benötigt werden. Auch hier gibt es nun wiederum einen Staat, der nicht nur völlig überschuldet ist,

sondern dessen imperialistische Politik auch weiterhin über einen kaum zu stillenden Kapitalbedarf verfügt: die USA. Denn ihr ist es sowohl finanziell als auch machtpolitisch möglich, sich eine solche Kreditquelle zu erschließen.

Der immer größer werdende Bedarf an Finanzmitteln der us-amerikanischen Staats- und Militärmaschinerie kann aber nur gedeckt werden, wenn in genügend großer Anzahl reale Werte beliehen werden. Reale Werte, wie sie z.B. in der gesamten deutschen (aber auch weltweiten) Infrastruktur vorhanden sind. Aus Sicht der Banken aber stellt nicht die Infrastruktur an sich, die kredittechnisch zunächst wertlos ist, das eigentliche Sicherheitsobjekt dar, sondern dieses bildet sich einzig aus den über die Infrastruktur periodisch zu erzielenden Einnahmen.

Diese Gebühreneinnahmen kommunaler deutscher Einrichtungen werden über ein sogenanntes „Cross-border-leasing-Geschäft“ dem „Investoren“-Fonds als Sicherheiten übertragen, der daraufhin der US-Regierung zur Finanzierung ihres weltweiten Imperialismus in entsprechender Höhe neue Kredite gewährt. Inwieweit die FED mit eigenen Notenbankkrediten an diesem Geschäft beteiligt ist, kann dahingestellt bleiben. Der einzige Beitrag der US-Regierung zu diesem Geschäft bestand nun darin, solchen Geldbeschaffungskonstruktionen mittels passender Steuergesetze die zur Rechtfertigung benötigten Voraussetzungen zu verschaffen.

Das Gesamtbild wird erst dann vollständig und nachvollziehbar, wenn wir alle Beteiligten als solche sehen, die in einem Boot sitzen und die dabei gemeinsam dahin rudern, wo Betrug und neue Dollars wachsen. Da haben wir den US-Staat, der für seine plutokratisch gesteuerte, imperialistische Weltpolitik permanent neues Geld braucht, das er normalerweise nur über die FED erhalten kann. Da aber der Blankokredit-Spielraum der FED längst ausgeschöpft ist, werden zur Herausgabe neuer Dollars reale Sicherheiten benötigt, die in dem benötigten Umfang aber nur von den zu Fonds zusammengeschlossenen Geschäftsbanken zu erhalten sind, die ihrerseits auf das gebührenfinanzierte Vermögen der deutschen Kommunen zugreifen, wozu sie wiederum die Zustimmung der deutschen Bundespolitik brauchen, welche dazu ihre Wähler und alle Bürger betrügen muß.

Es ist schon ein phantastisches System, in dem die Völker dieser Welt ihre Vermögenswerte der USA ausliefern, um von dieser im Gegenzug wirtschaftlich versklavt und soziologisch aufgelöst zu werden!

Bleiben noch die Fragen an alle verschwörungstheoretisierenden Meinungszurechtbieger: Wieviel Ecken hat dieses Geschäft oder wo sitzt ihr, wie viele sitzen insgesamt in dem Boot, und in wessen Auftrag und zu wessen Wohlfahrt „arbeiten“ deutsche Politiker?

Beim Cross-border-leasing geht es also nicht um irgendwelche Differenzgeschäfte, aus denen etwa die Kommunen ihre us-steuerlichen Kleinvorteile ziehen, sondern es geht darum, dem us-amerikanischen Staat Kredite, zunächst überhaupt, und dann auch noch zu Vorzugskonditionen, zu verschaffen, für die bundesdeutsche Einrichtungen die Sicherheiten liefern! Um die Verquickung der an die USA gewährten Kredite auf der Basis bundesdeutscher Sicherheiten nicht öffentlich werden zu lassen, mußte das fondsgestützte Cross-border-leasing-Geschäft erfunden werden. Unter Aufsicht der FED gewährt ein Investoren-Fonds (der tatsächlich in nichts anderes als in die US-Politik investiert, gegenüber den Geschäftsbanken aber als Kreditnehmer auftritt, während die deutschen Kommunen mit einem Butterbrot abgespeist und die deutschen Bürger enteignet werden) einen Kredit - wobei davon ausgegangen werden muß, daß die Gesellschafter der Fonds in hohem Maße identisch sind mit den Gesellschaftern der FED - dessen Sicherheit die Einnahmen aus den kommunalen Einrichtungen liefern! Damit führt so nebenbei jede Gebührenerhöhung einer Kommune, die die entsprechende Einrichtung per Cross-border verleast hat, automatisch dazu, daß die Leasingbank ihre Sicherheit höher bewerten kann und in der gleichen Höhe, wie die Gebühren steigen, nun wiederum neue Fondskredite ausreichen, sprich neue Dollars herausgeben kann.

Ist es also falsch oder auch nur übertrieben, wenn festgestellt wird:

Deutsche Kommunen tragen maßgeblich zur Finanzierung imperialistischer us-amerikanischer Kriege bei und liefern darüber hinaus die Zukunft ihrer Bürger dem wirtschaftlichen Diktat politisch gesteuerter, im Eigentum von Plutokraten befindlicher Banken aus?

Ein einziger, gigantischer Betrug, bei dem irgendwelche Fonds der US-Regierung riesige Kredite gewähren, bei denen äußerst fraglich ist, ob sie sie denn je werden zurückzahlen können, für die die kommunalen Einrichtungen der BRD die Sicherheiten liefern! Am Ende, wenn die Blase platzt - was einer Gemeinschaftspleite der

Nationalstaaten gleichkommt – und begleitet wird vom völligen Zusammenbruch der Wirtschaft und einer totalen Enteignung aller Sparer, werden sich annähernd alle realen Vermögenswerte dieser Welt im Bankbesitz befinden, die dann, als Gegenleistung für ihre Investitionen in die US-Politik, damit rechnen können, daß diese den Bestand der ergaunerten Rechtsansprüche mit allen Machtmitteln durchsetzt. Für die verleasten kommunalen Versorgungsbetriebe heißt das: Sollte die Gebührendeckung für die „Alt“-Kredite nicht ausreichen, so muß dies dann dadurch ausgeglichen werden, daß die Gebühren entsprechend angehoben werden. Damit liegt nicht nur das gesamte finanzielle Risiko der cross-border-leasing-Kredite auf den Schultern des Bürgers der Bundesrepublik Deutschland - welches ihm aber nicht nur von seinen beteiligten Banken, sondern von der USA diktiert und begleitend von seiner freiheitlich-demokratischen, als Rechtsstaat auftretenden Regierung aufgeladen wurde -, sondern die gesamten kommunalen Grundversorgungen liegen dann in privaten plutokratischen Händen. Daß damit dann ein Beherrschungsdurchgriff bis auf den einzelnen Bürger realisiert ist, sei nur am Rande angemerkt.

Sie scheinen sehr kluge Leute gefunden zu haben, die, die mit ihrem System längst den Zustand der letzten Zuckungen erreicht haben, bevor für die Menschheit die Koma-Phase beginnt. Wer heute also noch irgendwo Bar- oder Buchgeld sein Eigentum nennt, der sollte zusehen, daß er es werthaltig anlegt. Der gesamten, nur noch mit Kunst- bzw. Kreditgeld „am Leben gehaltenen“ Geldbude dürfte in nicht sehr ferner Zeit vollständig die Luft ausgehen. Ob es zur Vermeidung dieses Vorgangs ausreichen wird, die Nutzungsgebühren bundesdeutscher staatlicher Einrichtungen, geschaffen als deutsches Volksvermögen, soweit anzuheben, bis sie genügen, um darüber die uneinbringbaren Kredite zu bedienen, ist mehr als nur fraglich. Denn wie viele ähnlich gelagerte Geldbeschaffungsprojekte geistern sonst noch um den Erdball, die perspektivisch ebenfalls obsolet sind, wo das wunderliche Prozedere doch bereits 1996 erstmals inszeniert wurde?

Die Gesamtbetrachtung des weltweiten Finanzgebarens seit Mitte der 90-er Jahre zeigt äußerst deutlich die Tendenz: Her mit neuen Dollars und her mit den weltweit verfügbaren Sachwerten. Die stetig anwachsende Dollarblase verzögert also nicht nur den längst fälligen Zusammenbruch der Finanzsysteme, sondern wird darüber hinaus dazu genutzt, weltweit alle nur verfügbaren Sachwerte aufzukaufen, wobei offenbar immer darauf geachtet wird, daß der Besitzanspruch des Neueigentümers us-amerikanisch untermauert wird, denn als Käufer treten fast ausschließlich us-amerikanische Gesellschaften auf. Und dies nicht nur in Cross-border-leasing-Geschäften, sondern auch in vielen anderen Sach- und Immobiliendeals. Ob die Telekom ihre Festnetze veräußert, oder die Deutsche Bank ihren Immobilienbestand verscherbelt, der anschließend von ihr selbst wieder angemietet wird - alles nur einzelne Schritte in einer weltweiten Verlagerung von Sacheigentum an us-amerikanische Gesellschaften. Daß von diesem Gesellschaftssitz aus agiert wird, zeigt deutlich, daß die großen Geldmagnate sehr genau wissen, auf wessen politische und militärische Dominanz sie sich auch in Zukunft verlassen können, mag mit dem Finanzsystem passieren, was immer will.

Nur, ob der Einzelne in einer politisch gesteuerten Finanzwelt wie der aktuellen überhaupt noch einen Weg findet, sein Privatvermögen zu retten, muß als sehr zweifelhaft eingeschätzt werden. Denn da, wo dereinst mit Reparationszahlungen geplündert, wirtschaftlich vernichtet und versklavt und Massen in den Hunger getrieben wurden, da sind zwischenzeitlich Verfahren entwickelt und Zustände erreicht worden, in denen der Henkersknoten - geknüpft für alle Menschen - schon als gordisch bezeichnet werden muß. Und für einen Solchen gab es bereits in der Antike nur eine Lösung.

4 Und noch ein praktisches Beispiel aktueller Politik:

Wann privatisieren die deutschen Auflösungspolitiker die Überwachungs-Autobahnen?

Selbst Volkseigentum läßt sich nur dann verscherbeln bzw. privatisieren, wenn sich daraus Profite schöpfen lassen. Nachdem alle Teile des deutschen Volksvermögens, die dieser Anforderung genügten, längst in privater ausländischer Hand sind, geht es nun um den nächsten größeren Happen, die deutschen Autobahnen. Wie trickreich solche Planungen politisch aufgebaut werden, das zeigt das von „Kohl and his friends“ (oder doch: „Kohl and the gang“?) bereits im August 1994 durchgebrachte „Bundesfernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz“. Bevor aber an eine private Verwertung der BAB's auch nur zu denken war, mußte dieser Teil des Straßennetzes zunächst einmal kassierfähig gemacht werden. Mangels Mautstationen wurden elektronische Kassenhäuschen entwickelt. Diese als künftigen Exportschlager der BRD anzupreisen geriet selbst jenseits des Entwicklungsdesasters noch zur Lachnummer, auch wenn das „Entwicklungsdesaster“ nichts anderes als eine politisch initiierte Verzögerung gewesen sein sollte.

Zunächst im September 2003, dann im November, nun doch erst in diesem Jahr führt die BRD die LKW-Maut ein. Ein satellitengestütztes System erfaßt die von jedem LKW gesendeten Daten, um diese dann zentral abzurechnen. Auslöser ist eine in jedem LKW montierte Sendeeinheit. Systementwickler und –betreiber ist nun nicht etwa die Eigentümerin der Autobahnen, der bundesdeutsche Staat, sondern dies sind die beiden, längst im Auslandsbesitz befindlichen, Großkonzerne Daimler-Chrysler und die vormalige Deutsche Telekom (heute: T-Com, T-mobile, T-get more oder so ähnlich), zusammengeschlossen im Entwickler- und Betreiberkonsortium „Toll Collect“.

Und seltsam – auch hier gibt es wieder Verträge, 17.000 Seiten stark, zwischen den beiden vorgenannten Unternehmen und der Bundesregierung, die selbst gegenüber den im Bundestag versammelten „Volksvertretern“ nicht offengelegt, sondern als geheime Kommandosache gehandhabt werden. Haben vielleicht die Vorbereitungen für den Verkauf der Autobahnen, möglicherweise verschleiert ähnlich dem oben beschriebenen sogenannten Cross-border-leasing, längst stattgefunden? Damit würde dann auch die Neubesetzung des Ministersessels im Verkehrsministerium seine späte Erklärung finden. Denn weshalb sonst mußte dieses bisherige Nebenministerium ausgerechnet mit einer so hochkarätigen Figur wie dem vormaligen, stasi-umwölkten Ministerpräsidenten von Brandenburg besetzt werden? Und dazu wurde es mit einer finanziellen Ausstattung versehen, die selbst den Etat des Superministers Clement um 1,5 Milliarden überschreitet.

Nun wird doch wohl niemand glauben, daß die im Betrug bestens geschulten und so praxiserfahrenen Politiker der BRD ein politisches „Schwergewicht“ wie Stolpe allein dazu einsetzen, um die LKW-Kutscher zur Kasse zu bitten, was letztlich doch wieder nur von den Verbrauchern bezahlt werden muß, womit die LKW-Maut einer verdeckten Verbrauchssteuer gleichkommt. Wie bisher in allen ähnlich aufgezogenen Fällen, wo es darum ging, der neoliberalen Zukunft freie Fahrt und neues Geld zu verschaffen, ob mit der Euro-Einführung, der Vernichtung des Sozialversicherungssystems, den Umstellungen des Steuersystems, der Privatisierung alles nur auftreibbaren Volksvermögens, der Zulassung von hochspekulativen Hedge-Fonds oder dem Ausverkauf der gesamten deutschen Wirtschaft - wobei dann alles, was noch in irgendeiner Form nach wirtschaftlicher Eigenständigkeit und Unabhängigkeit roch, gleichgeschaltet liquidiert wurde -, so dürfte es künftig auch den dann ehemals deutschen Autobahnen ergehen.

Nach dem nun bekanntgegebenen ersten Schritt, verkauft als „Ausgleich jahrzehntelang beibehaltener Standortnachteile deutscher Spediteure“, mit dem die Einführung des Abkassiersystems gerechtfertigt und durchgesetzt wurde, wird der zweite Schritt, die Erweiterung auf den PKW-Verkehr, nicht lange auf sich warten lassen. Erst damit können dann die hohen Wartungskosten für die Autobahnen „verursachergerecht“ berechnet und belastet werden, was sicherlich von einer minimalen Senkung der KFZ-Steuer begleitet werden wird. Und, wie das in der BRD so üblich ist, wird dieser Schritt wiederum begleitet werden von einer Erhöhung des Anspruchs an die „Innere Sicherheit“, d.h., alle abrechnungsrelevanten Daten werden dauerhaft gespeichert, so daß sich sehr leicht zumindest fahrzeugbezogene Bewegungsraster erstellen und auch Sofortfahndungen durchführen lassen. Da viele der erst künftig zu aktivierenden Überwachungs-Optionen nicht im Leistungspaket enthalten waren, konnte auch das im Betrieb nur halb so teure, in der Schweiz reibungslos funktionierende System der Firma Fela nicht übernommen werden, sondern mußte vom Betreiberkonsortium völlig neu entwickelt werden.

Der letzte Schritt, der von Anbeginn im Blick der Systementwickler gestanden haben dürfte, wird dann nur noch so lange auf sich warten lassen, bis die demokratisch gewählten „Helden“ der BRD geruht haben festzustellen, daß wieder einmal kein Geld in den Kassen ist, und daß sich zufällig eben, gerade als man dieses erneut festgestellt hatte, wieder ein Konsortium ausländischer Investoren gemeldet habe, welches bereit sei, das neue Abrechnungssystem samt den dranhängenden Autobahnen zu übernehmen, um so den Bürgern der BRD auch diesmal aus der erneuten finanziellen Notsituation herauszuhelfen. Vielleicht aber werden die deutschen Autobahnen nur zum dann wohl weltweit größten „Cross-border-leasing-Geschäft“, das als Einzelgeschäft je über (oder doch besser: unter?) den Tisch gezogen wurde.

Wenn damit wieder ein Teil dieses Landes de facto an irgendwelche hinter den Banken stehenden Privateigentümer ausgehändigt worden ist, dann dürfte es nur einiger geringfügiger Programmanpassungen bedürfen, um über die, wie immer aus völlig anderen Gründen eingeführten, Personen-Chips auf dem gleichen Weg wie zuerst die LKW-, danach die PKW- und nun letztendlich auch die Personenbewegungen auf den Autobahnen, gezielt erfassen und auswerten zu können.

Ab dann wird der Strick, längst zur Schlaufe geknotet, mehrere Grade fester angezogen. Das einzige, was die Bundesbürger bei dem gesamten „Geschäft“ tatsächlich gewonnen haben werden, das dürfte sehr einfach in cm zu messen sein: am eigenen Hals! Er wurde einer kosmetischen Verfeinerung unterzogen, er wurde – weil's dann modern sein wird - dünner, dafür aber länger. Vielleicht wird ein solcher nicht erst dann sehr dringend benötigt, um sich einzig noch damit soweit über den Topfrand recken und strecken zu können, um so an den Bodensatz zu kommen, wo das wirtschaftliche Überleben geronnen und festgeklebt sein wird.

Ergänzung um eine Nachricht aus „Die WELT“ vom 29.12.2003:

„Künftig sollen alle Autofahrer an Verkehrsknotenpunkten überwacht werden. Sicherheitsexperten von Bund und Ländern würden die Kennzeichen aller vorbeifahrenden Autos scannen und mit dem Fahndungscomputer im Bundeskriminalamt (BKA) abgleichen. Sei das Kennzeichen gefälscht, das Auto als gestohlen gemeldet oder der Fahrer zur Fahndung ausgeschrieben, löse der Rechner Alarm aus. Alles weitere ist dann Sache der Polizei.“

Der interessanteste Teil der Meldung ist wohl der, wo es da lautet „...oder der Fahrer zur Fahndung ausgeschrieben...“. Heißt dies doch nichts anderes, als daß nicht nur das Kennzeichen des Fahrzeuges, sondern auch die Insassen gescannt werden. Denn was das Fahrzeug und sein Kennzeichen betrifft, so könnte hier bereits das auf PKWs erweiterte Maut-Einfach-System weiterhelfen. Was vom Polit-Komiker Stolpe, seines Zeichens Verkehrsminister (Zitat: „Ich habe mich um diesen Job nicht beworben.“), heute noch per Medien der Öffentlichkeit vorgegaukelt wird, dürfte nicht im Entferntesten der geplanten Realität und Absicht entsprechen. Wo die gesamte Infrastruktur zur Mautabrechnung und Datenübertragung installiert ist, da bietet es sich für jeden Überwachungsstaat fast schon zwingend an, diese um simple Kameras zu ergänzen, und schon haben wir nicht nur die Erfassung der Fahrzeuge, sondern auch der Personen. Nur muß diese Investition selbstverständlich getätigt worden sein, *bevor* der ganze Krempel privatisiert wird. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann auch dazu alle Karten auf den Tisch gelegt werden. Oder bedarf es zuvor noch eines, von in solchen Dingen besonders erfahrenen staatlichen Schlapphut-Organisationen inszenierten, Terroranschlags, um die künftig zu Überwachenden soweit zu bringen, bis sie selbst die Überwachung fordern?

Damit dürften nun auch die Gründe für die per Polit-Theater kaschierten Terminverzögerungen offenliegen. Da die mit dem Projekt verknüpften Überwachungsaufgaben nicht zu früh bekannt werden durften, mußte die ursprüngliche internationale Ausschreibung auf die Entwicklung und Installation eines Systems zur Abrechnung der LKW-Maut beschränkt werden. Wichtig war nur, das Siegerkonsortium der Ausschreibung so auszuwählen, daß für alle politisch nachgeschobenen Projektergänzungen die nötige Verschwiegenheit garantiert war. Die Programmierung findet wohl in Indien statt und braucht auch von keinem der noch immer viel zu deutschen Toll-Collect-Gesellschafter in Auftrag gegeben zu werden. Wozu hätte man sonst den Toll-Collect-Gesellschafter AGES und die dort wiederum als Gesellschafter vertretene internationale Garde der Mineralöl-Multis in das Gesamtkonzept einbinden sollen? Da wohl in der ursprünglichen Ausschreibung tunlichst alle Hinweise auf Fahrzeug- und insbesondere Personen-Scanning fehlten, so mußten diese nach Auftragsvergabe nachgeschobenen Projektergänzungen dann auch zur Ursache für die auffällige und gravierende Terminverzögerung werden. Denn offensichtlich war das gesamte Projekt aufgrund der veränderten technischen Anforderungen völlig neu zu strukturieren, was dann dazu führte, daß die ursprünglichen Termine selbst mit erheblichen Kapazitätserweiterungen im Entwicklungsteam nicht gehalten werden konnten.

Vom aktuell nächsten Akt des gleichen Stücks, aufgeführt vom bundespolitischen Ensemble der „Berliner Kammerspiele“, berichtet dann die TAZ am 15.1.2004 unter der Überschrift: „Rasen für die Wissenschaft“, womit ganz nebenbei auch die TAZ, allein durch die Formulierung der Überschrift, ihren tatsächlichen politischen Auftrag ihren Lesern bekannt gibt.

Der sich nicht zuletzt mit der Installation von Rechtsbeugerstrukturen in NRW für sein Ministeramt qualifizierte Superminister Clement kündigt die „Privatisierung der Autobahnen zur finanziellen Förderung der Wissenschaften“ an, womit auch die heiße Nadel sichtbar wird, mit der selbst diese Ankündigung gestrickt wurde. *Offenbar drängt die Zeit.* Dazu dürfte nicht zuletzt der Tage zuvor erfolgte Berlinbesuch des Herrn Grünspan, nebenbei Präsident der FED, beigetragen haben, der anscheinend nochmals den dringlichen Bedarf des Weltfinanzsystems nach großen, werthaltigen Sicherheitspotentialen, wie sie u.a. die BAB darstellt, angemahnt hat. Es scheint die Zeitnot des immer schneller seinem globalen Zusammenbruch entgegenstrebenden Weltfinanzsystems zu sein, die zur Folge hat, daß nicht nur der US-Inszenierungs- und -Kriegspolitik, sondern auch

den begleitenden bundespolitischen Handlangerbeiträgen ganz einfach die unbedingt nötige Zeit zur Konstruktion der sonst so bewährten Heucheleiszenarien abgeht. So wird politischer Betrug, über Jahrzehnte gekonnt zusammengestellt und vorgetragen, allein schon auf dem glitschigen Berliner Parkett zusehends zur billigen Schmierkomödie, auf deren Abschluß man gespannt sein darf. Nur kann sich jeder sicher sein, daß auch die Regiebücher für die nächsten Stücke längst geschrieben sind.

Dazu sei noch verwiesen auf die z.Zt. laufende Großaktion der bundesdeutschen Banken, in der sie große Teile ihrer werthaltigen Immobilien - allein zur Stützung der weltweiten Finanzblase - gegen bald völlig wertloses Geld umtauschen (nicht umsonst war Mr. Greenspan in Berlin!). Wo die Geschäftsbanken ihre Immobilien einbringen, da wird die Bundesbank „unser“ Gold bald nachreichen. Zumindest buchtechnisch, denn der größte Anteil lagert ohnehin bereits in Übersee.

5 Die Sparkassen, das nächste Objekt plutokratischer Privatisierungsbestrebungen

Der Zugriff der internationalen Plutokraten-Banken richtet sich immer stärker gegen eine der letzten, bisher zumindest vom internationalen Finanzganzertum unabhängigen, Bastionen der deutschen Bürger.

Die Idee der Sparkasse trägt sich aus dem Anspruch, die Kommunen und Kreise in ihrer Geldbeschaffung und –anlage von der Einflußnahme der großen Geschäftsbanken möglichst unabhängig zu machen. Damit bildet die Sparkasse ein gewolltes Schutzschild gegen die direkte Einflußnahme großer Finanzgruppen und –konzerne auf die kommunale Versorgung und Verwaltung.

Nachdem auf Bundes- und Landesebene längst aufgegeben, übereignet und finanziell „abrsiert“ wurde, richtet sich die plutokratische Machtgier zunehmend immer direkter gegen die Kommunen. Auch sie dürfen in der Einen Welt nicht außerhalb des gleichgeschalteten Herrschaftsdiktats stehen. Nachdem über Cross-border-leasing bei den Kommunen die große Enteignung längst läuft, stehen nun auch deren Sparkassen vor der Übereignung. Da dabei Bundes- und Landespolitik - zumindest öffentlich - „die Hände gebunden“ sind, wird der Hebel dort angesetzt, wo die Diktatur in Reinkultur herrscht, über die EU. Wie immer in solchen Fällen, erfolgt auch hier der Zugriff über die rechtlich-politische Hintertreppe. Angeblich geht es um den reservierten Begriff der „Sparkasse“, der im § 40 des Kreditwesengesetzes (KWG) den öffentlich-rechtlichen Instituten vorbehalten ist. Kaum liegt ein entsprechendes Schreiben des EU-Binnenmarktkommissars Frits Bolkestein auf dem Tisch, schon lavieren Berliner Regierungskreise: „Solange sich hinter einer Sparkasse eine vernünftig arbeitende Bank verbirgt, gibt es eigentlich wenig Gründe, ihr den Titel Sparkasse zu verweigern – egal ob das Institut in öffentlich-rechtlicher oder in privater Hand ist“.

Es bedarf eigentlich kaum der Erwähnung, da fast schon selbstverständlich, daß der Kommissar angeschoben wurde durch eine Beschwerde der US-Finanzgruppe BGB Capital Partners und des US-Investors Christopher Flowers, der einst Interesse am Kauf der Bankgesellschaft Berlin bekundet hatte, aber nicht zum Zuge kam. Nicht nur hier zeigen die EU-Diktatur und ihre Kommissare, in wessen Auftrag sie installiert wurden, womit auch feststeht, welche Interessen die gesamte Institution zu vertreten hat.

Da die totale Weltbeherrschung durch die plutokratischen Kapitalismusgrößen letztlich immer nur dann nachhaltig tragfähig sein kann, wenn sie jeden einzelnen, zuvor zum Einheitsbrei verquirlten, Menschen ganz direkt und persönlich an die Existenzkandare nehmen können, muß auch der kommunale Schutzschild, wie er nicht zuletzt in Form der Sparkasse errichtet wurde, eingerissen, d.h. „privatisiert“ werden.

Zur Show für das öffentliche Publikum - um dessen Kopf es geht - wird seit Monaten das vorgegebene Drehbuch abgespult. Neben den agierenden US-Kapitalhaien, der Bundesregierung und den ihr nachgeordneten Bankenstrukturen mimt der EU-Kommissar - rechtlich wohl gerüstet - zur Zeit die Hauptrolle. Mit Schreiben vom 16. Dezember 2003 wirft seine Hoheit, der von wem auch immer abgestellte Kommissar Frits Bolkestein, der Bundesregierung vor, potentielle Investoren (!) de facto an einem Einstieg bei deutschen Sparkassen zu hindern. Der Paragraph 40 des KWG sei geeignet, „den freien Kapitalverkehr illusorisch zu machen, und stellt eine nicht gerechtfertigte Beschränkung dar“, schreibt er. Nicht kritisieren soll Bolkestein den § 39 KWG, der die Nutzung des Begriffs „Volksbanken“ einzig Instituten in der Rechtsform einer eingetragenen Genossenschaft vorbehält.

Die EU und ihr Kommissar kritisieren, daß „ein Einstieg potentieller Investoren“ bei den Sparkassen verhindert wird. Zu welchem Zweck brauchen die Sparkassen „potentielle (US-)Investoren“, insbesondere wozu sollen die investierten Gelder von der Sparkasse verwendet werden? Mit Sicherheit darf davon ausgegangen werden, daß keine einzige Sparkasse auch nur einen Dollar in die Finger bekommt, geschweige denn zur freien Verfügung bzw. zur Investition erhält. Hier stehen nicht nur vielfach erprobte Mittel der Bilanzfälschung oder andere Manipulationen zur Kaufpreisreduzierung zum Gebote, sondern auch das große Reservoir der kommunalen Schulden, die letztlich aus dem gleichen Kreise aufgenommen wurden, die nun ihre „Investoren“ vorschicken, läßt viele Verrechnungsmöglichkeiten offen. In der Sache handelt es sich auch nicht um „Investoren“, sondern um ganz einfache Käufer. Nur, daß diese einkaufen wollen, ohne dafür etwas zu bezahlen! Denn das Einzige, was die als „Investoren“ titulierten Einkäufer anzubieten haben, sind völlig wertlose Dollars oder gleichwertige Wertpapiere, de facto also nichts.

Das zweite „schlagende“ Argument des EU-Kommissars richtet sich gegen „den freien Kapitalverkehr“. Nur meint dieser Kommissar damit nicht etwa den Kapitalverkehr, an dem die Sparkassen schon immer teilnehmen, sondern damit ist einzig das Kapital der plutokratischen Einkäufer gemeint, das daran gehindert wird, sich zu greifen, was immer ihm nützlich erscheint.

Und die Bundesregierung läßt theatralisch-traurig das Köpfchen hängen, hat Bolkestein doch bereits seine Rechtskeule, eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH), angekündigt. Bleibt eigentlich nur noch die Frage: Ist es nicht die BRD, die die EU mit Machtkompetenz ausstattet und finanziert, und ist es damit nicht die gleiche BRD, die zumindest anteilig der EU die politischen Interessen vorgibt? Nur, welche politischen Interessen mögen das wohl sein?

Wieder blasen die Operateure dichte Nebelschwaden durch die Ränge des bundesdeutschen Polit-Theaters, so daß man selbst schon in der zweiten Reihe Mühe hat, die zusätzlich auf die Bühne geschobenen Nebendarsteller wie IWF, Breuer & Co nebst ihren kunstvollen Verrenkungen überhaupt noch erkennen zu können.

6 Die zentrale Entscheidung für die Zukunft lautet: entweder Mensch *oder* Kapitalismus

Daß der Kapitalismus in seiner bekannten Ausprägung längst vor die Wand gelaufen ist, sollte zwischenzeitlich jedermann bekannt sein. Wie der Kapitalismus dereinst funktioniert hat, vielleicht weniger. Was dafür aber jeden Tag um so deutlicher wird, ist, daß die, die uns den Kapitalismus beschert und es darüber zu plutokratischem Reichtum gebracht haben, die ihn genutzt haben, ihre gierigen Krakenarme nach allen materiellen Werten dieser Erde auszustrecken, um sie sich als Besitz anzueignen, daß die seit mindestens drei Jahrzehnten dabei sind, die von ihnen geschaffenen Probleme zu lösen. Daß dieses Programm als „Neue Weltordnung“ bezeichnet wird, besagt nun nicht etwa, daß es inhaltlich um eine neue Ordnung geht, sondern das eigentlich Neue daran ist, daß *die gesamte Welt* nach den uralten kapitalistischen Regeln geordnet werden soll. Dies selbstverständlich in der Form, daß denen, die die Neuordnung in Auftrag gegeben haben, nicht etwa ein Nachteil oder Verlust, sondern ein Gewinn daraus entsteht. Selbst wenn es die Menschen ihr (meist längst an den Materialismus verlorenes) Menschsein kostet.

Das profitorientierte Denken, die wichtigste Voraussetzung des gesamten Materialismus, also auch des Kapitalismus, basiert immer auf den zwei Grundfaktoren des Aufwandes und des Erlöses, wobei beide möglichst so zu gestalten sind, daß die Differenz aus beiden - der Profit - groß und größer wird. An beiden Hebeln von Aufwand und Erlös erfolgreich zu agieren ist der ganze Inhalt jedes materialistischen Systems. Was den Erlös oder auch Umsatz angeht, so läuft auf diesem Gebiet auch heute noch die gesamte Bandbreite der Beeinflussung auf Hochtouren. Bedarfweckung und Förderung mittels Werbung jeder Art, begleitet von allen Spielarten des Marketing. Aber hier sind zwischenzeitlich die Grenzen „des Marktes“ erreicht. Noch weitaus deutlicher und auch frühzeitiger als die Bedarfs- bzw. Erlösseite hat die Seite, die als Aufwand bezeichnet wird, dem Materialismus seine Grenzen aufgezeigt. Die kapitalistische Forderung nach einer Reduzierung des Aufwands, also nach Kostensenkung, hat nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer ungebremsen Entwicklung in allen innovativ-technischen Bereichen geführt, in der der Mensch in immer stärkerer Deutlichkeit genau das wurde, was er im Materialismus schon immer nur war, nämlich Faktor. Und zwar ein zunehmend teurer werdender Faktor, der mit einem nicht zu übersehenden Zynismus auch als Humankapital bezeichnet wird.

Der Mensch, der arbeitet, um Produkte herzustellen, wurde zunehmend zu teuer, die Lohnkosten wurden zu hoch. Diese immer höher steigenden Kosten der menschlichen Arbeit führten zwangsläufig dazu, daß sich fast schon jede - die teure menschliche Arbeit ersetzende - Maschinenentwicklung *rechnete*. In den letzten 50 Jahren ist kein Arbeitsplatz von dieser Entwicklung ausgenommen geblieben. Es war abzusehen, daß es nur noch eine Frage der Zeit sein würde, bis die gesamte Fertigung aller erdenklichen Produkte vollständig von Maschinen übernommen werden würde. Diese Entwicklung, die dank des elektronischen Fortschritts die Errichtung selbst vollautomatischer Fabriken erstmals realistisch werden ließ - was von Enthusiasten auch als zweite industrielle Revolution bezeichnet wurde -, wurde bereits in den 30-er und 40-er Jahren des letzten Jahrhunderts, nicht zuletzt von den plutokratisch finanzierten und beauftragten Forschungsinstitutionen und Hochschulen erkannt. Nachdem dort die Zukunftsszenarien entwickelt worden waren, *traten die Herrscher dieser Welt die Notbremse*. Nicht nur, daß die gesamte Entwicklung gestoppt werden mußte, auch Alternativen, insbesondere aber plutokratisch-kapitalistische Überlebensstrategien mußten her. Da bei den herrschenden Machtverhältnissen selbstredend niemand der Herrschenden bereit war, seine Macht und seinen Herrschaftsanspruch in Frage oder gar zur Verfügung zu stellen, mußte jede der zu entwickelnden Alternativperspektiven insbesondere dieses berücksichtigen, was zwangsläufig dazu führte, daß in gehabter Manier alles in vor jeder Öffentlichkeit abgedunkelten Räumen stattfand und auch heute noch stattfindet.

Der erste Schritt mußte nun darin liegen, die Entwicklung vollautomatischer Maschinenfertigung „unwirtschaftlich“ zu machen. Auf der weltweit gegebenen Situation der 70-er Jahre wurden dazu mehrere Hebel angesetzt. Da keine Möglichkeit bestand, die Maschinenentwicklung und -herstellung direkt zu verteuern, wurde zunächst der Weg gewählt, die Preise für den Stoff, der Maschinen überhaupt erst in Bewegung setzt, die Energie, anzuheben. In einer weltumspannenden Großaktion sorgten dann die plutokratisch gesteuerten Öl-Multis mit Unterstützung der politisch-demokratischen Helfershelfer in kürzester Zeit für eine Ölpreisexplosion von über 400%, um sie im weiteren Verlauf auf insgesamt 1300% anwachsen zu lassen. Jeder erinnert sich sicherlich noch an das begleitend inszenierte Schauspiel der autofreien Tage und Fahrverbote. Dieses auf die Kostenseite der Industrie zielende Spiel der Öl-Multis wurde einige Jahre später abgerundet durch einen Zinsanstieg in Großbritannien und den USA von bis zu 20%. Beides, Vertuierung der Energie und die astronomischen Zinsen, führte nicht nur zum Zusammenbruch der Investitionstätigkeit, sondern auch zu einem sprunghaften Anstieg der Staatsverschuldung in den Entwicklungsländern, womit dem nächsten Hebel der benötigte Ansatzpunkt verschafft wurde.

Dieser Hebel waren die Lohnkosten selbst. Die hohen Aufwendungen für die Entwicklung und Anschaffung komplexer Maschinenstraßen rechnen sich nur dann, wenn man ihnen die hohen Lohnkosten in den Industrieländern rechnerisch gegenüberstellt, d.h. wenn diese dadurch eingespart werden. Die Löhne in den Industrieländern so radikal zu senken, daß damit jede weitergehende Automatisierung unwirtschaftlich wurde, war politisch nicht durchsetzbar. Was also blieb, war eine Verlagerung der gesamten industriellen Fertigung in Länder, wo solche niedrigen Lohnkosten nicht erst durchgesetzt werden mußten, sondern bereits vorhanden waren. Diese aber gab es nur in den sogenannten Entwicklungsländern, die unter dem Druck der wegen der Energievertuierung enorm angestiegenen Staatsverschuldung nun sehr leicht gezwungen werden konnten, die auf sie zurollende Industrialisierung mit vorgegebenen Hungerlöhnen zu stützen.

Das erste Ergebnis dieser industriellen Auslagerungs-Strategie ließ dann die später als Tigerstaaten bezeichneten, in kürzester Zeit industrialisierten Länder Asiens entstehen. Damit konnte der weiteren Maschinenentwicklung in den Industriestaaten zunächst einmal die Spitze gebrochen werden. *Gegen die Billiglöhne in diesen Ländern rechnete sich keine maschinelle Weiterentwicklung mehr.* Nun hatte dieser erste Schritt dazu geführt, daß sich die Verlagerung der Industrieproduktionen in wenigen kleinen asiatischen Ländern konzentrierte, was wiederum zur Folge hatte, daß dort Löhne und gar politisches Selbstbewußtsein anstiegen. Beides drohte die ganze Aktion zur Seifenblase werden zu lassen, mit der die vorherige Gesamtentwicklung bestenfalls um ein Jahrzehnt verzögert worden wäre. Wenn überhaupt, so konnte es nur eine Lösung geben, die einen längerfristigen Erfolg versprechen konnte: die Verlagerung größter Teile der industriellen Produktion in *alle* Niedriglohnländer, während in den vormaligen Industrieländern eine begleitende großflächige Leistungsumstellung von der abgegebenen industriellen Fertigung in den Bereich der Dienstleistungen erfolgte.

Auf der so weltweit ausgedehnten Spielwiese des Materialismus, der sich auch die vormalige Sowjetunion öffnen mußte, nachdem selbst dort erkannt war, daß der längst zum Staatskapitalismus mutierte Sozialismus den plutokratischen Plänen zum Opfer fallen mußte, tobt seither die wirtschaftliche Globalisierung, die natürlich immer

auch eine machtpolitische sein muß. Die einzige Chance der Unternehmen, auch künftig die Kosten zu senken, führt zu den wildesten Auswüchsen bei der Ausbeutung in den vormaligen Entwicklungsländern, wo mangels Steigerung der Automation nun die Löhne mit allen Mitteln reduziert werden. Kinderarbeit und der Abbau jeglicher Sozialleistung sind die Folge.

Aber auch diese Lösung kann letztlich nicht dauerhaft funktionieren und dient bestenfalls dem Zeitgewinn. Denn auf Dauer wird keines der vormaligen Entwicklungsländer, die zwischenzeitlich längst zu den neuen Industrieländern gemacht wurden - einzig privilegiert durch Hungerlöhne, die das Fortschreiten der maschinellen Entwicklungen aufgehalten haben -, gewillt sein, den künstlichen und kreditfinanzierten Wohlstand vormaliger Industriestaaten zu erarbeiten. Selbst wenn es gelingen sollte, die aktuellen Programme zur Errichtung einer grenzenlosen, gleichgeschalteten und einheitlichen Welt erfolgreich zu realisieren, wird das materialistische Grundproblem damit allein nicht zu lösen sein. Viel zu weit fortgeschritten ist der Grad der maschinellen Automatisierung.

Die eigentliche Problemlösung aber, die den Menschen von den Plutokraten beschert werden wird, muß und wird ganz anders aussehen, wie es die laufenden Entwicklungen fast schon überdeutlich anzeigen. *Statt den Materialismus und das daraus erwachsene Wirtschaftssystem des Kapitalismus als menschlich ungeeignet einzustufen und nach Alternativen, diesmal aber menschlichen Lebensordnungen zu forschen, nutzen die führenden Kräfte dieses Systems ihre Erkenntnisse und Macht dazu, sich selbst und ihr Herrschaftssystem zur weltweit einzigen, zur absoluten Macht zu machen.* Aber nicht nur die Errichtung einer die Erde umspannenden, zentralistisch gesteuerten Gewaltherrschaft unter der Leitung eines von Plutokraten dominierten Senatregimes befindet sich im Aufbau, sondern dieses wird bei aller Gewaltbereitschaft nur dann zu stabilisieren und aufrecht zu erhalten sein, wenn die darüber zu Beherrschenden zu geistig niedrigsten Kreaturen herabmanipuliert werden.

Denn nur so können sie ihr System, welches ihnen Reichtum und Herrschaft ermöglicht, vor dem endgültigen Zusammenbruch bewahren. Liegen doch die größten Hindernisse des gesamten materialistischen Denkens nicht etwa in begrenzten Ressourcen oder einer ungleichen Wohlstandsverteilung - beides einzig Resultate dieses Denkens -, sondern das größte Hindernis ist das, was jeder Form des Materialismus grundlegend immer im Wege stand, der Mensch! *Ihn gilt es zu ändern! Der Mensch muß für den Materialismus passend gemacht werden!* Wie solche Anpassungen bekanntlich und üblicherweise erfolgen, das lehrt die Vergangenheit. In ihr wurde immer dergestalt verfahren, daß eine Menschengruppe horizontal aufgespalten wurde in die, welche über den Beherrschungsauftrag meinten, selbst zu herrschen und solche, welche beherrscht werden. Die wahren Herrscher können wie bisher weiterhin im Hintergrund bleiben. Nur wird man diesmal dafür sorgen, daß die Beherrschten auf ein geistiges Niveau zurückgeführt und gehalten werden, zu welchem ein Neandertaler als kreative Leuchte stehen dürfte. Und damit diese Pläne nicht etwa von irgendwelchen „Terroristen“ sabotiert werden, wird seit Jahren an flächendeckenden Überwachungs- und Kontrolleinrichtungen gearbeitet, die alles heute Vorstellbare noch weit in den Schatten stellen werden.

Die Entscheidung für die weitere Zukunft, ob entweder das antimenschliche System und Denken des Materialismus aufgegeben wird - was dann aber zur Konsequenz hätte, daß die bestehenden herrschaftspolitischen Strukturen zerfallen müßten -, oder ob der Mensch in seiner Art materialismusingerecht umgestaltet werden muß, ist längst gegen den Menschen getroffen worden. Die Hoffnung der Einfältigen, die aus dem Ende der uns bisher bekannten Form des Kapitalismus an die Aufrichtung einer menschlicheren Ordnung glaubten, ist längst als Fiktion erkennbar.

Nicht etwa an einer geistig-sittlichen Höherentwicklung des Menschen, sondern an seiner Rückstufung wird gearbeitet. Wer dies nicht glauben will oder erkennen kann, nun, dem sei hier der Rat gegeben: „Guck Dich mal um! Sind das, was Du da in Massen herumwuseln oder liegen siehst, etwa noch Menschen?“ Aber selbst die stellen noch immer ein Risikopotential dar, denn sie könnten ja mal aufwachen und in den Spiegel sehen. Oder, wenn es selbst dazu nicht mehr reicht, könnte immer noch jemand kommen, der ihnen diesen Spiegel vorhält. Und dann? Dann würden ganz sicher alle die, die aufwachen, zu „Terroristen“ erklärt!

Damit bleibt für uns alle nur die eine Möglichkeit, um als Menschen zu überleben: wenn es uns gelingt, die heutigen und künftigen Hilfskräfte der Plutokraten von der Widersinnigkeit ihres Tuns zu überzeugen und so die Plutokraten zu isolieren.

Die Ersten, die jeder Leser selbst von der Widersinnigkeit ihres Tuns überzeugen - oder doch zumindest darüber informieren - kann, sind seine Abgeordneten im Land- und/oder Bundestag.

Dazu würde es schon ausreichen, nachzufragen, ob denn das, was Sie hier gelesen haben, so seine Richtigkeit hat. Zumindest würde den Volksvertretern damit jede Möglichkeit genommen, sich in Zukunft damit zu rechtfertigen: „Das, ach das, ja das habe ich gar nicht gewußt“.

Wenn auch heute Recht und Freiheit dank „unserer“ demokratischen Politiker für jeden von uns längst zur Fiktion, zum Wunschtraum geworden sind, so ist jede menschliche Zukunft doch erst dann verloren, wenn auch der Letzte aufgibt.

Schon mit einem kurzen Anfragebrief (0,55 € dürfte jedem die eigene Zukunft wert sein) kann zumindest ein kleiner Beitrag dazu geleistet werden, daß es uns gemeinsam vielleicht doch noch gelingen kann, dem Treiben der Helfershelfer der Plutokraten in nicht ganz so ferner Zukunft ein Ende zu bereiten, bevor diese ihr Ziel erreicht haben.

Wenn Sie uns die Antworten unserer (?) Volksvertreter mitteilen, so sind wir gerne bereit, diese zu veröffentlichen und sie ggf. auch auf unserer Internetseite zur Verfügung zu stellen.

Bitte einsenden an: Deutsche Idealisten, Postfach 45 03 22, 50878 Köln oder an den GUWG-Verlag.

Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie...